

Gemeinderat Weissach

Susanne Herrmann
Fraktionsvorsitzende

Friedenstraße 6
71287 Flacht

Tel.: 07044 / 32190
susanne.herrmann@ul-weissach.de

Weissach 23.03.2021

Stellungnahme der Fraktion der Unabhängigen Liste Weissach und Flacht

zu TOP 1

Aktueller Sachstand zu den Geldanlagen bei der Bremer Greensill Bank AG

zu TOP 2

Übersicht über die kommunalen Geldanlagen zum Stand 23.03.2021

der Sondersitzung des Gemeinderates der Gemeinde Weissach am 23.03.2021

Zu Beginn unserer Stellungnahme will ich Folgendes feststellen:

1. Laut Drucksache 19/129 der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 09.12.2019 war das Geldvermögen der Gemeinde Weissach bis 2015, mit Ausnahme von fünf Bausparverträgen, auf Tagesgeldkonten und teilweise als kurzfristige Festgelder fast ausschließlich bei den heimischen Banken Kreissparkasse Böblingen und Raiffeisenbank Weissach angelegt.
2. Ab 2016 wurde begonnen die vorhandenen Finanzmittel der Gemeinde auf verschiedenen Bankinstitute und nach unterschiedlichen Fälligkeiten zu streuen. Bei der Entscheidung über einzelne Geldanlagen handelt es sich um das originäre Geschäft der laufenden Verwaltung, da lediglich vorübergehende Kassenüberschüsse zur Ertragsgenerierung und nicht endgültig verwendet werden. Siehe Drucksache 19/129 der Gemeinderatssitzung am 09.12.2019
3. Das heißt, seit dem Jahr 2016 wurden kurz-, mittel- und langfristig Geldanlagen bei unterschiedlichen Banken getätigt. In den Rechenschaftsberichten zu den Jahresrechnungen 2016, 2017, 2018 und 2019 ist dies zu entnehmen:

Einlagen bei der VR-Bank Magstadt-Weissach: 0,00 €

Einlagen bei der Kreissparkasse Böblingen: 0,00 €

Einlagen bei sonstigen Kreditinstituten: Endbestand 2019 - 69.700.000,00 €

Die Informationen darüber, wo, wie viel und wie lange die Gelder angelegt wurden ist den, dem Gemeinderat zur Verfügung gestellten Drucksachen und Unterlagen zu den Jahresabschlüssen nicht zu entnehmen.

4. Seit dem 1. Oktober 2017 sind die kommunalen Guthaben bei den Privatbanken nicht mehr durch den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken (BDB) geschützt

Ich zitiere aus „Der Neue Kämmerer“ (eine Fachzeitung für Finanzentscheider im öffentlichen Sektor) Ausgabe vom 04. Juli 2018: „Die Banken, die dem Einlagensicherungsfonds der BDB nicht angehören, können für Kommunen keine Geschäftspartner sein, weil im Insolvenzfall die Geldanlage verloren ist. Die Reform der Einlagensicherung hat weitreichende Konsequenzen. Ende der Einlagensicherung: Kämmerer schichten um. Viele Kommunen haben ihre Anlagen bei privaten Banken abgezogen. Laut einer Umfrage gaben 81% der betroffenen Kommunen an, dass sie ihre Anlagestrategie bereits angepasst haben oder dies in absehbarer Zeit wollen. Grund ihres Handelns ist Sicherheit vor Ertrag. Ein weiterer entscheidender Faktor ist, viele Kommunen sehen sich in der Praxis nicht imstande selbst das Ausfallrisiko einer Bank zu bewerten, um auf dieser Basis Anlageentscheidungen treffen zu können.“

5. In der Gemeinderatssitzung im Dezember 2019 wurden, aufgrund der Aufforderung der Gemeindeprüfanstalt (GPA) vom Frühjahr 2019, die Anlagerichtlinien gültig ab 01.01.2020 beschlossen, um eine Raiting Rangfolge der Banken festzulegen und um das Spektrum der Geldanlagen künftig auch für Investmentfonds zu erweitern. Eine detaillierte Aufstellung der Geldinstitute wurde dem Gemeinderat nicht vorgelegt.

6. In der Sitzungsrunde im Januar 2021 erfolgte die Beschlussfassung zur Anpassung der Anlagenrichtlinien. Die Ratings der Banken wurden auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Niedrig- bzw. Strafzinssituation im Rahmen der negativen Entwicklung der Geldanlagen am Geldmarkt angepasst. Erst im Januar diesen Jahres erfolgte eine detaillierte Übersicht der Geldinstitute und wie viel Geld mit welcher Laufzeit angelegt wurde. Festzustellen ist hier, dass das gesamte liquide Weissacher Geld ohne Anlagensicherung bei privaten Banken angelegt wurde und bzw. aktuell angelegt ist. Des Weiteren ist anzumerken, auch bei Festlegung einer Rating Rangfolge und dem Erlass von Anlagenrichtlinien bleibt die unumstößliche Tatsache, dass die kommunalen Gelder bei den privaten Banken durch keinen Anlagensicherungsfonds geschützt sind.

7. Im März 2021 dann die Nachricht der Insolvenz der Greensill Bank. Der Gemeinde Weissach droht der Verlust von 16 Millionen Steuergeldern.

Um es kurz und prägnant zu sagen: Wir stehen vor einem Scherbenhaufen!

Es stellen sich die berechtigten Fragen:

- Warum hat Weissach, nach dem Ende der Einlagensicherung, nicht auch begonnen seine Gelder umzuschichten?
- Warum wurde die Zeit ab 2017 nicht genützt um alternative Anlagestrategien zu suchen?
- Warum wurde und wird immer noch das hohe Risiko in Kauf genommen: Geldanlage ohne Absicherung? Hand aufs Herz, wer von uns würde sein privates Geld ohne Absicherung anlegen wollen?

Der drohender Verlust von 16 Millionen Steuergeldern – ein Weckruf.

Ein Weckruf, wie er lauter nicht sein könnte.

Auf Grund der aktuellen fatalen Situation fordern wir von der Unabhängigen Liste Weissach und Flacht sich der Frage zu stellen: Wurde eine Umschichtung der liquiden Gelder versäumt?

Warum wurde nicht auch in Weissach ab Oktober 2017 begonnen, die Gelder um zu schichten, um so das Risiko zu minimieren und dadurch die Geldanlagen zu sichern? Zeit bis heute wäre genug gewesen. Nach dem was wir heute wissen besteht dringender Handlungsbedarf. Oder wollen wir unser Geld weiterhin ohne Einlagensicherung bei den privaten Banken belassen?

Auf Grund der aktuellen fatalen Situation fordern wir von der Unabhängigen Liste Weissach und Flacht das Handeln in der Vergangenheit selbstkritisch zu reflektieren und sich der Verantwortung zu stellen!

Wurde seit Ende der Anlagensicherung alles richtig gemacht? Nein, eben nicht, sonst wären wir nicht in der Lage, in der wir heute sind. Um den drohenden Totalverlust zu verhindern mühen wir uns und versuchen 16 Millionen Steuergelder zu retten, mit viel Zeit- und Arbeitsaufwand und zusätzlichen Kosten. Es wird über ein Nachjustieren der Ratingrangfolge debattiert und das Grundübel, der fehlenden Anlagensicherung bei den privaten Banken wird ignoriert. Es wird auf die geltenden Anlagenrichtlinien verwiesen und doch ist die einzelne Geldanlage das Geschäft der laufenden Verwaltung. Letztendlich ist der Vollzug der Geldanlage ureigene Verwaltungstätigkeit.

Auf Grund der aktuellen fatalen Situation fordern wir von der Unabhängigen Liste Weissach und Flacht kein „weiter so“!

Im LKZ Interview vom 12.03.2021 sagte Herr Bürgermeister Töpfer: „Grundsätzlich halte ich es aber für falsch, jetzt in Aktionismus zu verfallen.“ Nein, wir fordern Aktionismus. Wir fordern jetzt zu handeln, damit so etwas nicht noch mal passiert. Wir haben bereits genügend Lehrgeld, im wahrsten Sinne des Wortes, 16 Millionen, bezahlt. Jetzt ist oberstes Gebot und erste Priorität: Sicherheit vor Risiko. Die Verlockung der Zinszahlungen mit Geldanlagen bei privaten Banken darf zukünftig unser Handeln nicht mehr bestimmen. Um Negativzinszahlungen zu vermeiden, verlieren wir nun vermutlich viele Millionen. Alle

Alarmglocken müssen jetzt läuten. Es gilt ab sofort und schnellst möglich Änderungen in der Geldanlagestrategie herbeizuführen und dadurch unser Geld zu sichern.

Auf Grund der aktuellen fatalen Situation fordern wir von der Unabhängigen Liste Weissach und Flacht eine transparente Informationspolitik für alle Bürgerinnen und Bürger.

Die enorme Tragweite der gesamten Thematik fordert dringend und zwingend öffentliche Aufklärung. Der Antrag unserer Fraktion gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.03.2021 zur Einberufung einer öffentlichen Sondersitzung des Gemeinderates steht hierfür. Die Zeitabfolge und Inhalte unserer Anträge können auf der Homepage der Unabhängigen Liste Weissach und Flacht eingesehen werden. Wir finden die Bürgerschaft hat das Anrecht in öffentlicher Sitzung informiert zu werden und zu erfahren, welche Meinung, die von ihnen gewählten Gemeinderäte hierzu vertreten.

Auf Grund der aktuellen fatalen Situation fordern wir von der Unabhängigen Liste Weissach und Flacht kein Ruhigstellen und kein Abschwächen der prekären Lage

Nach dem Motto: „...die aktuellen Projekte und Vorhaben, die im Haushalt 2021 enthalten sind, sind nicht gefährdet und können umgesetzt werden...“! Nein, heute gilt es die Weichen zu stellen. Die Verantwortung zu übernehmen für die folgenden Jahre, die kommende Generation. Eine Vertröstung, dass sich der mögliche Verlust erst bei der mittel und langfristigen Finanzplanung bemerkbar macht, darf keine Beruhigungsspiel sein. Wir müssen heute, hier und jetzt Einfluss nehmen, jetzt die Richtung vorgeben. Wir müssen klar sagen, wie sich unser Geldanlagestrategie zukünftig entwickeln soll und aussehen muss. Wir müssen heute Stärke zeigen, damit unser Handeln auch in Zukunft Bestand hat.

Das Zitat von Albert Einstein am Ende der UL Haushaltsrede für den Haushalt 2021 bewahrheitet sich erneut in der aktuellen Situation und ich will es auch heute am Ende meiner Stellungnahme zitieren:

„Probleme können nicht mit derselben Denkweise gelöst werden, durch die sie entstanden sind.“

Fazit: Jetzt heißt es umdenken, neu entscheiden, anders handeln.

Susanne Herrmann

Fraktionsvorsitzende

Fraktion der Unabhängigen Liste Weissach und Flacht

Fraktion der Unabhängigen Liste Weissach und Flacht

Susanne Herrmann (Fraktionsvorsitzende), Daniel Weeber (Stellv. Fraktionsvorsitzender), Adelheid Streckfuß, Horst Klink